

**Stadtvertretung
der Landeshauptstadt
Schwerin**

Tagesordnungspunkt

öffentlich

nicht öffentlich

Datum: 01.12.2022

**Ersetzungsantrag
Drucksache Nr.**

00670/2022

Antragsteller: AfD-Fraktion

Telefon: (0385) 545 2965

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Überwachung auf dem Marienplatz fortführen und Einrichtung einer Polizeidienststelle am Marienplatz auf den Weg bringen

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Gesprächen mit der Landespolizei um die Einrichtung einer Polizeidienststelle am oder in der Nähe des Marienplatzes zu ersuchen.

Die Stadtvertretung spricht sich zudem für die dauerhafte Fortführung der Videoüberwachung und -aufzeichnung auf dem Marienplatz durch die Polizei aus. Der Oberbürgermeister wird daher beauftragt, rechtzeitig vor Beendigung des vorläufigen Wirkbetriebes mit der Landespolizei Gespräche zur Überführung in den dauerhaften Wirkbetrieb zu führen.

Begründung

Die Videoüberwachung am Marienplatz hat sich als zuverlässige Maßnahme bei der Verfolgung und Aufklärung von Straftaten erwiesen. Sie kann jedoch Polizeipräsenz nicht ersetzen, wenn es um einen schnellen Zugriff bei der Ausführung von Straftaten geht. Jüngste Beispiele sind zwei schwere Körperverletzungen aufgrund von Messerangriffen am 04. und 27. Oktober auf dem Marienplatz, bei denen die Opfer lebensgefährlich verletzt wurden.

(Quellen: <https://www.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/Schwerin-30-Jaehriger-nach-Messerangriff-ausser-Lebensgefahr,kurzmeldungmv7944.html>
<https://schwerin-lokal.de/marienplatz-hat-die-schweriner-staatsanwaltschaft-einen-messerangriff-vertuscht/>).

Der Evaluationsbericht zur Videoüberwachung am Marienplatz (DS 00070/2021) hat deutlich aufgezeigt, dass der Marienplatz ein Kriminalitätshotspot ist. So haben sich 2019 knapp 40% aller verübten Straftaten im Stadtteil Altstadt auf dem Marienplatz ereignet. Mit Start der Kameraüberwachung im Dezember 2018 wurde die seit 2016 verstärkte Polizeipräsenz zurückgefahren. Infolgedessen wurde 2019 ein erneuter Anstieg der Fallzahlen im Bereich der Altstadt registriert.

Zielführend ist deshalb eine Kombination aus Polizeipräsenz und Bildüberwachung vor Ort.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt:

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt:

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

gez. Petra Federau
Fraktionsvorsitzende